

I. Einleitung

Bangladesch ist ein Land, daß eher durch die Naturkatastrophen aus den Zeitungsberichten in das Bewußtsein des Menschen gelangt. Die Entstehung, die Geburt dieses Staates ist jedoch größtenteils unbekannt. Dieses Land, - das ehemalige Ostpakistan-, soll in groben Zügen vorgestellt werden, wobei zunächst auf die „pakistanische Epoche“ eingegangen wird. Anschließend soll der Weg in die Unabhängigkeit betrachtet werden sowie deren Problematik. Die Einbindung in den internationalen Kontext soll den Abschluß bilden.

II. Ostpakistan

1. Wirtschaftliche Diskrepanzen

Mit der Gründung Pakistans am 14.08.1947 entstand auf dem asiatischen Kontinent der erste muslimische Staat der Welt. Seine Gründung war gekoppelt mit der Unabhängigkeit Indiens und basierte auf einer Entscheidung der ehemaligen englischen Kolonial-macht, deren Grenzziehung überwiegend von der Glaubensfrage bestimmt war.

Pakistan bestand aus zwei Teilen - West - und Ostpakistan -, die schon rein geographisch gesehen durch über 2000 Kilometer „indischen Landes“ getrennt waren. Schon allein daraus ergaben sich Widersprüche und Schwierigkeiten innerhalb eines Landes, das nie eine Einheit im kulturellem oder ökonomischem Sinne bilden konnte und deren zukünftige gemeinsame Identitätsausbildung , durch die politische Einheit erzwungen, schon von Anfang an sehr fraglich erschien. Die Konflikte zwischen

West- und Ostpakistan bestimmten das politische Leben Pakistans und fanden schließlich ihren Höhepunkt in der Unabhängigkeitserklärung Ost-pakistans mit der Ausrufung der „Volksrepublik Bangladesh“ vom 17.04.1971. Das Verhältnis der beiden Landesteile war unter anderem gekennzeichnet durch die „Ausbeutung“ des östlichen Landes durch deren westlichen Teil. Obwohl Ostpakistan den größeren Bevölkerungsanteil hatte und wirtschaftlich gegenüber dem Westteil 1962 Exportüberschüsse erzielte, während die Handelsbilanz des Westens negativ war, wurden diese Gewinne für die Schuldentilgung des Westteils verwendet. Umgekehrt konnte in anderen Jahren auf eine Hilfe des Westens nicht gehofft werden. Der Osten war vielmehr für den Westen ein billiger Rohstofflieferant, Ostpakistan war zum Beispiel der größte Jute-produzent der Welt, der Westen lieferte indessen die teuren Fertigprodukte in den Osten. Die ungleiche Verteilung zeigte sich auch in den privaten und öffentlichen Investitionen. So betrug der Anteil Ostpakistans in den Jahren 1965 - 1968 nur 37 Prozent, während Westpakistan mit 63 Prozent dominierte. Diese wirtschaftlichen Unterschiede wurden durch die politischen Konflikte einerseits hervorgerufen, aber andererseits auch dadurch verstärkt.

2. Politische Interessen

Ein Problem, das immer wieder Anstoß für weitere politische Aktionen gab, war die Sprache. Mit ihr verbunden ist eine kulturelle Einheit, die auch ein Zusammengehörigkeitsgefühl vermittelt. Der Sprachenkonflikt begann mit der Gründung Pakistans und der Frage nach der offiziellen Landessprache.

Der westliche Teil sprach Urdu, das denn auch zunächst zur offiziellen Sprache erklärt wurde. In Ostpakistan, wo die Mehrheit, d.h. ca. 54 Prozent der Bevölkerung lebten, wurde Bengali gesprochen. Im Februar 1952 kam es dann in Dhaka zu einer Demonstration von Studenten, die die Gleichberechtigung für ihre Sprache Bengali forderten. Dieser Kampf erwies sich als erfolgreich, denn 1954 wurde Bengali als zweite offizielle Landessprache neben Urdu durch die Nationalversammlung anerkannt. Dies war gewissermaßen der Auftakt, dem nun weitere Forderungen der ostpakistanischen Bevölkerung nach Gleichberechtigung beziehungsweise nach der Unabhängigkeit gegenüber Westpakistan folgten. Es wurde eine „Vereinigte Front“ ins Leben gerufen, die mit einem 21-Punkte Programm zu den Provinzwahlen 1954 antraten. Der wesentlichste Punkt war wohl die Forderung nach der regionalen Autonomie Pakistans, die nur die Bereiche der Verteidigung, der Auswärtigen Angelegenheiten und der Finanzen der Zentralregierung überließ.

In den sechziger Jahren verfolgten die ostpakis-tanischen Politiker auch weiterhin dieses Ziel, was sich unter anderem 1966 in dem sechs Punkte - Programm der Awami - Liga unter Führung von Mujibur Rahman manifestierte. Darin wurde gefordert, daß bei allgemeinen Wahlen ein Parlament zu wählen sei, Pakistan in eine Föderation umgewandelt werden würde und der Zentralregierung nur eine Zuständigkeit in der Verteidigung und der Außenpolitik zugestanden würde, während alles andere in den Kompetenzbereich der Bundesstaaten fiel.

Seit dem Jahre 1958 wurde Pakistan von dem General Ayub Khan, der mehr oder weniger durch einen Militärputsch zu seiner Macht kam, regiert. Die

Verfassung wurde außer kraft gesetzt und Pakistan stand nun unter Kriegsrecht. In dem zwölf Mitglieder umfassenden Kabinett wurden neben dem Premierminister Ayub Khan noch zwei weitere Ministerstellen mit Generälen besetzt. Unter den zivilen Ministern befand sich auch Zulfikar ali Bhutto, der bei der Unabhängigkeit des späteren Bangladeshs keine unwichtige Rolle spielen sollte. Nach der neuen Verfassung 1962, kumulierten die wichtigsten Machtbefugnisse in dem Präsidentenamt, das von Ayub Khan bekleidet wurde. Während seiner Herrschaft gab es in Pakistan mehrere Aufstände, die Ayub Khan, nachdem das Land 1969 am Rande eines Bürgerkrieges stand, veranlaßten, seine Macht an Yahya Khan abzutreten, der dann zum Wegbereiter für die Demokratie in Pakistan werden sollte. Er erklärte, daß er beabsichtige wieder eine zivilistische Regierung in Pakistan zu etablieren. Allerdings wurde von ihm ein Zeitplan vorgegeben, den er im November 1969 bekannt gab. Danach waren ab dem 1. Januar 1970 alle politischen Aktivitäten wieder erlaubt, und die allgemeinen Wahlen wurden dann für den 5. Oktober 1970 festgesetzt. Die dann gewählte Nationalversammlung mußte in 120 Tagen den Entwurf einer neuen Verfassung vorlegen. Bei den Wahlen gab es vor allem zwei Parteien: die Awami - Liga, geführt von Muijbur Rahman und die pakis-tanische Volkspartei, die von Zulfikar Ali Bhutto geführt wurde. Die demokratischen Wahlen waren aber nicht der Beginn einer friedlichen Epoche, vielmehr kennzeichneten sie den Beginn eines Konfliktes, der in einen Krieg mündete. Bei den Wahlen, die auf den 7. Dezember 1970, bedingt durch eine Naturkatastrophe in Ostpakistan, verschoben wurden, erzielte die Awami - Liga einen überwältigenden Sieg. Da die Mandate im Zentralparlament diesmal nach einem

Populations-schlüssel vergeben wurden, konnte Ostpakistan von den insgesamt 313 Mandaten 167 stellen und davon wiederum besetzte die Awami - Liga 167 Sitze. Die Ostbegalen wurden damit auf legalem Wege zur Regierungspartei und befreiten sich so aus der Abhängigkeit von Westpakistan.

III. Der Weg in die Unabhängigkeit

1. Die Rivalen

1.1 Muijbur Rahman

Muijbur Rahman war der Führer der Awami- Liga und vertrat die Interessen Ostpakistans. Mit der Forderung nach Verwirklichung seines sechs Punkte Programms hatte er die gesamte ostbengalische Bevölkerung hinter sich. Außerdem galt er als ein guter und mitreißender Rhetoriker, der auch ein hohes Ansehen unter der Bevölkerung genoß. Insgesamt war er aber dennoch als ein gemäßigter Politiker einzuordnen, dem ein Kompromiß eher zugesagte als eine militärische Auseinandersetzung, die für die Ostbengalen keine positiven Erwartungen wecken konnten. Inwieweit es aber zu einem Kompromiß gekommen wäre, bleibt fraglich. Nachdem die Ostbengalen über die parlamentarische Mehrheit verfügten, wäre es möglich gewesen, daß sich Muijbur Rahman mit seinem westpakistanischen Rivalen Zulifar Ali Bhutto geeinigt hätte, um gemeinsam die Militärdiktatur zu beenden. Dabei hätte er wahrscheinlich auch mit der Unterstützung der westpakistanischen Bevölkerung rechnen können. Muijbur Rahman tat aber nichts dergleichen und bestand auf der Umsetzung seines Programm, das

ausschließlich zu Gunsten der Ostbengalen verfaßt worden war.

1.2. Zulifar Ali Bhutto

Der ehemalige Außenminister Zulifar Ali Bhutto vertrat die andere Konfliktpartei, die bei den Wahlen im Dezember 1970 nur 85 Sitze erhielt. Bhutto stand für die liberale Intelligenz, später vor allem für die Großgrundbesitzer - Aristokratie und der Wirtschaftselite in Westpakistan. Insgesamt gesehen konnte ein Krieg mit Ostpakistan für ihn nur Vorteile bringen. Zum einen war die westpakistanische Armee der ostpakistanischen überlegen und falls es dennoch zu einer Abspaltung kommen sollte würde sich dies in erster Linie negativ für Yahya Khan auswirken, aber nicht für ihn. Und auch Bhutto konnte sich einer Unterstützung in Westpakistans Bevölkerung gewiß sein, noch dazu, wo bei einer möglichen längeren Auseinandersetzung seine finanziellen Mittel und auch andere militärischen Reserven bessere Aussichten auf einen Sieg zuließen.

1.3. Yahya Khan

Er sollte nun eigentlich der „Geburtshelfer“ für ein demokratisches Pakistan sein und fand sich nun in einer Rolle wieder, der er in keinem Fall gerecht werden konnte. Für ihn war nach den Wahlen klar, daß Mujibur Rahman der neue Regierungschef werden würde und berief die Nationalversammlung zum 3. März 1971 nicht nach Islamabad ein, sondern nach Dhaka. Als Bhutto aber davon hörte kündigte er

schon vorab seinen Boykott der Nationalversammlung und den seiner Partei an. Danach vertagte Yahya Khan die Auftaktsitzung, um den Politikern angeblich mehr Zeit einzuräumen sich über den Grundentwurf einer neuen Verfassung zu verständigen.

2. Der Bürgerkrieg

Infolge der Boykottierung durch die westpakis-tanische Volkspartei Zulifar Ali Bhuttos, reagierte Muijbur Rahman mit einem Aufruf zum Generalstreik am 2. März in Ostpakistan, dem auch weitgehend gefolgt wurde. Um einem möglichen militärischen Konflikt aus dem Wege zu gehen, entschied sich der Präsident Yahya Khan dafür, die Nationalversammlung doch noch für den 25. März einzuberufen, diesmal fand er aber auch bei Muijbur Rahman keine Unterstützung, so daß er sich als Präsident „genötigt“ sah der Armee den Einmarschbefehl nach Ostpakistan zu geben. Yahya Khan traf selbst am 15. März in Dhaka ein, um nochmals mit Muijbur Rahman zu verhandeln. Dabei kann nicht genau festgestellt werden, ob es sich um einen letzten Versuch seitens des Präsidenten handelte eine Lösung noch auf diplomatischem Wege zustande kommen zu lassen oder ob darin lediglich ein Versuch zu sehen war, der zur Zeitgewinnung für die westpakis-tanische Armee genutzt werden sollte. Die westpakistanischen Generäle schienen jedenfalls schon im Januar mit der Ausarbeitung von Militäraktionen beschäftigt gewesen zu sein. In der Nacht vom 25. zum 26. März griff dann die westpakistanische Armee an, nachdem Muijbur Rahman kurz zuvor verhaftet worden war. Trotzdem konnte ein ostbengalischer Geheimsender noch vor einer

Erklärung von Yahya Khan über eine Tonband-aufzeichnung von Muijbur Rahman die Unabhängigkeit Bangladeshs ausrufen. Die offizielle Ausrufung erfolgte dann am 10 April mit Rückwirkung vom 26. März. Das Ende des Bürgerkrieges im Dezember des gleichen Jahres wurde durch indische Truppen herbeigeführt, durch welche Dhaka zur Kapitulation gezwungen wurde.

3. Die Unabhängigkeit

3.1. Die Rückkehr des Muijbur Rahman

Muijbur Rahman, der bis zu diesem Zeitpunkt in einem Gefängnis in Westpakistan arrestiert gewesen war, konnte nun nach dem Sieg der indischen Armee und den Guerillaeinheiten unter Mukti Bahini nach Dhaka zurückkehren. Er konnte aber nicht den direkten Weg nehmen, er mußte vielmehr über London und New Dehli nach Bangladesh reisen. In London wurde er zwar noch nicht offiziell von der Regierung als Präsident von Bangladesh anerkannt, konnte aber trotzdem Gespräche mit dem Premierminister führen. Seine nächster Aufenthalt war dann New Dehli. Indem er Indira Gandhi und andere politische Führer Indiens traf, zollte er Indien gleichzeitig persönlichen Tribut und Dank für die Unterstützung, die Bangladesh durch Indien erhielt.

3.2. Ein Neuanfang

In Dhaka angekommen, mußte zunächst eine handlungsfähige Regierung gebildet werden. Diese bestand teilweise aus Mitgliedern der Exilregierung

in Calcutta, Premierminister wurde Mujibur Rahman, während Abu Sayeed Choudhury, ein ehemaliger Richter, Präsident wurde. Die Nationalversammlung setzte sich aus früheren gewählten Mitgliedern zusammen und schon nach sieben Monaten konnte die neue Verfassung, die sich an dem indischen Modell orientierte, verabschiedet werden. In der Präambel der Verfassung wurden unter anderem die Ideale des Nationalismus, Sozialismus und der Demokratie und Säkularisation verankert. In ihr ist die Möglichkeit gegeben, den Sozialismus über eine parlamentarische Demokratie zu erreichen. Im zweiten Teil der Verfassung wird die Verantwortung des Staates für zum Beispiel Essen, Kleidung, Erziehung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit manifestiert. Diese neue Verfassung trat am 16. Dezember 1972 in Kraft, die ersten allgemeinen Wahlen fanden dann am 7. März 1973 statt. Und erneut konnte die Awami - Liga den Sieg mit ca. 73 Prozent der Stimmen erringen. Trotz der Wahlen und nicht zuletzt wegen dem erneuten Sieg der Awami - Liga änderte sich wenig. Ebenso wie die Mitglieder des neuen Parlaments auch schon die Mitglieder des alten Parlaments waren, gab es auch in der Regierung kaum Änderungen.

IV. Der internationale Kontext

1. Indien

Indien war seit seiner Unabhängigkeit der Feind oder Rivale Pakistans in Südasien, wobei Indien sich durchaus seiner Überlegenheit und Pakistan sich seiner Unterlegenheit bewußt war. schließlich gehörte Pakistan doch noch irgendwie zu Indien und

Indien war Südasien. Deshalb war es eigentlich für Indien selbstverständlich den Unabhängigkeitskampf Ostpakistans zu unterstützen, wenngleich Indien damit auch gegen das internationale Völkerrecht verstieß. Das letztliche Eingreifen Indiens in den Bürgerkrieg mag auch einen Grund in dem entstehendem Flüchtlingsproblem für Indien haben. Aus dem ostbengalischen Land flüchteten ca. vier Millionen Menschen in das benachbarte Indien. Das Problem wurde auch von der Regierung in Islamabad gesehen und versucht zu lösen, nachdem sich Indien um eine Internationalisierung bemühte, die aber in den Augen Pakistans nur als ein erneuter Angriff gegen den „alten“ Feind war. Die humanitäre Seite wurde natürlich von Indien betont. Der militärische Einmarsch erfolgte dann am 3. Dezember 1971 und trug eigentlich zu einer baldigen Beendigung des Bürgerkrieges bei, denn bereits am 20. Dezember war die Intervention zugunsten Indiens und des neuen Bangladesh beendet gewesen. Daß Indien nicht darauf aus war in diesem Land zu bleiben und es möglicherweise Indien anzugliedern zeigte auch der schnelle Abzug der indischen Truppen aus dem Land, was in Bangladesh selbst dem zurückgekehrten Mujibur Rahman angerechnet wurde. Der Krieg fand aber nicht nur in Ostpakistan statt, vielmehr wurde zum Ende auch in Westpakistan gekämpft. Nachdem der neue Staat Bangladesh nicht mehr durch Westpakistan zur „Anerkennung der Dominanz“ von Westpakistan gezwungen werden konnte, es sich also mit der Existenz eines neuen Staates abgefunden hatte, konnten sich die außenpolitischen Beziehungen zu Indien wieder normalisieren, ja sogar verbessern. In Pakistan muß Zulifur Ali Bhutto seine bisherige Angst gegenüber Indien überwunden haben, was nicht zuletzt auf die eigene militärische Niederlage zurückzuführen war. Das Ziel von Pakistan konnte

nur eine Normalisierung der Verhältnisse mit Indien sein, das wurde zu einem Grundinteresse. Am 3. Juli 1972 wurde denn auch im Simla - Vertrag zwischen den beiden Staaten das beiderseitige Versprechen für eine Normalisierung gegeben, sowie die Entwicklung einer konstruktiven Beziehung eingeleitet. Weiterhin sollten alle etwaigen Konflikte auf friedlichem Wege gelöst werden. Und auch bei dem Kashmirkonflikt sollte auf eine mögliche Vermittlung von Drittstaaten verzichtet werden. Indien selbst konnte sich insgesamt nun seiner Vormachtstellung auf dem asiatischen Subkontinent sicher sein, denn niemand würde von den kleineren Ländern in Betracht ziehen, Indien anzugreifen. Diese Möglichkeit war eher durch den kommunistischen Nachbarn China gegeben, der mit der Sowjetunion konkurrierte.

2. Sowjetunion und China

Während des innerpakistanischen Konfliktes konnte eine Bildung von zwei Fronten beobachtet werden. Auf der Seite des um die Unabhängigkeit kämpfenden ostbengalischen Volkes, stellten sich Indien und die Sowjetunion. Auf der anderen Seite fand Westpakistan Unterstützung bei den Chinesen. Es ist aber auch möglich, daß sich die Sowjetunion allein aus der Tatsache heraus, daß China sich für Westpakistan entschied, ihrerseits das spätere Bangladesh unterstützte. Aber natürlich wollte die Sowjetunion gleichzeitig seinen Einfluß in Indien und damit auf den Raum des Indischen Ozeans festigen beziehungsweise erweitern. Und eben das war es, was China zu verhindern suchte. Die Sowjetunion hatte in dieser Zeit auch den Wunsch nach einem kollektiven Sicherheitssystem im

asiatischen Raum geäußert. Dieser Wunsch war aber vielmehr seitens der asiatischen Länder nicht auf große Gegenliebe gestoßen und so wurde zum Beispiel diese Frage in Pakistan beim Besuch des sowjetischen Außenministers ablehnend beantwortet. Trotzdem unterzeichnete die Sowjetunion mit Pakistan 1969 einen Vertrag über den Bau einer Marinebasis bei Gwadar, die einen wichtigen Standort für den Seeweg zum Persischen Golf hin darstellte. Das dieses Abkommen seitens China eher mißtrauische beobachtet wurde, braucht nicht näher erläutert zu werden. Die asiatischen Staaten hatten insgesamt eher das Bestreben im kalten Krieg eine neutrale Position gegenüber den Supermächten zu beziehen, wenn es nicht unmittelbar um ihre ureigensten Interessen ging. Bei den Rivalitäten zwischen der Sowjetunion und China handelte es sich wohl mehr um „Reibereien“, die aber einen ernsthaften Konflikt ausschlossen, denn eigentlich fürchteten sich nur die Sowjetunion vor den USA und umgekehrt. Jede dritte Großmacht wurde als eine Art Kontrollorgan für die Handlungen des jeweils anderen angesehen.

3. Die USA

Das Verhalten der USA in diesem Konflikt war von mehr oder weniger „gezieltem Eingreifen“ gekennzeichnet. Zunächst blieb der Krieg, wie auch schon vorher für die amerikanische Außenpolitik eher uninteressant, was die Ereignisse in Südasien im allgemeinen anging. Dies wird unterstrichen durch eine Aussage des damaligen Außenministers H. Kissinger, der sich über die amerikanische Außenpolitik bezüglich Indiens wie folgt äußerte: „Anfang 1971 rechnete noch kein an den

Entscheidungsprozessen beteiligter amerikanischer Politiker damit, daß der indische Subkontinent auf unsere Prioritätsstufe an die erste Stelle rücken würde." Amerikanische Bedenken betrafen eher das Agieren der sowjetischen Führung im asiatischen Raum. So entstand zum Beispiel durch den Abzug der britischen Marine eine Art Vakuum, welches ausgefüllt werden wollte. Daran waren sowohl die USA als auch die Sowjetunion interessiert. Die Befürchtungen einer zu großen Einflußnahme seitens der Sowjetunion auf den indischen beziehungsweise pazifischen Raum waren insofern unbegründet, als der schon erwähnte Vorschlag seitens der Sowjetunion zur Gründung eines asiatischen Sicherheitsabkommens von den asiatischen Staaten abgelehnt wurde. Dazu gehörte selbst Pakistan, daß auf keinen Fall wieder in die Abhängigkeit einer der beiden Weltmächte geraten wollte.

Von den Ereignissen des 25.03.1971 wurde die USA ebenso wie die anderen Mächte überrascht, und es lag kein Konzept vor wie nun vorzugehen sei. Am 6.04.1971 ordnete das Außenministerium ein Embargo für neue Waffenlieferungen gegenüber Pakistan an, daß rückwirkend vom 25.03.1971 gelten sollte. Die Waffenlieferungen an Indien wurden aber nicht eingestellt. Im Spätsommer des Jahres wurden dann alle militärischen und wirtschaftlichen Hilfsprogramme für Pakistan gestoppt. Eine Ausnahme dabei bildeten das Hilfsprogramm für Lebensmittel, die direkt nach Ostpakistan gingen. Der Konflikt war für die USA ein internationales Problem. Hauptsächlich wollten sie einen Indisch-Pakistanischen krieg verhindern, die humanitäre Hilfe in Ostpakistan gewährleisten und eine politische Lösung für den pakistanischen Bürgerkrieg unterstützen. Ein militärisches Embargo gegenüber Indien wurde erst mit dem Eintritt

Indiens in den Bürgerkrieg im Dezember 1971 umgesetzt.

V. Schlußbetrachtung

Mit der Geburt Bangladeshs wurde eine willkürliche Grenzziehung und die ebenso willkürlich verordnete politische Einheit von zwei ethnischen Gruppen, deren Gemeinsamkeiten zu gering waren, bereinigt. Schon allein von ihrer geographischen Lage her wäre es sehr unwahrscheinlich gewesen, wenn dieses Pakistan so weiterbestanden hätte wie zu seiner Gründung. Durch die Unabhängigkeit Bangladeshs wurden nicht nur neue Probleme geschaffen, es wurden auch einigen gelöst, die womöglich zu größeren und vor allem langwierigeren Auseinandersetzungen innerhalb des Landes Pakistans geführt hätten. So ist nun jeder Landesteil für seine eigenen Probleme verantwortlich und kann sie nicht auf den anderen zurückführen. Für Bangladesh selbst sind mit seiner Gründung so vielschichtige Probleme entstanden, die es selbst nicht lösen kann. (Bevölkerungswachstum, ständige Natur-katastrophen, schwache wirtschaftliche Entwicklung u.s.w.)

Die Geburt Bangladeshs hat auch auf der internationalen Ebene die damaligen Probleme aufgezeigt. Da wären zunächst die innerasiatischen, d.h. insbesondere der alte Konflikt zwischen Indien und Pakistan. Dann der Konkurrenzkampf um den größeren Einfluß auf Südasien durch China und die Sowjetunion. Als mehr oder weniger direkte Nachbarn wurde und wird ihr Verhalten besondere Aufmerksamkeit der betreffenden asiatischen Staaten auf sich ziehen. Und letztlich die USA, die zwar

als Gegenpol zur Sowjetunion existent war, aber speziell im südasiatischen Raum keinerlei große Aktivitäten vornahm und sich mit anderen Problemen, die ihren Interessen näher lagen beschäftigte. Für die Welt wird Bangladesh weiterhin am Rande des Interesses stehen, wenn nicht die Naturkatastrophen den Namen Bangladeshs ab und zu wieder ins Gedächtnis rufen.

Literaturverzeichnis:

- Adam, W., Pakistan an der Schwelle zur Demokratie?, in: Außenpolitik, 1970, S. 569 - 577.
- ders., Pakistan als gespaltene Nation, in: Außenpolitik, 1971, S. 493 - 503.
- Aptheker, H., Bangla Desh: a nation is born, in: Political affairs, 1971, Nr. 10, S. 44 - 55.
- Bradnock, R. W., India's foreign policy since 1971, London 1990.
- Bull, H., The new balance of power in Asia and the Pacific, in: Foreign Affairs, July 1971, S. 669 - 682.
- Burke, S. M., Mainsprings of Indian and Pakistani foreign policies, Minneapolis 1974.
- Heitzmann, J. / R. L. Worden, Bangladesh. A country study, o.O. 1989.
- Heß, P., Bangladesh. Tragödie einer Staatsgründung, Frauenfeld 1972.
- Kissinger, H., Memoiren 1968 - 1973, München 1979.
- Kroef, J. M. van der, Sowjetische Sicherheitsstrategie in Asien, in: Außenpolitik, 1970, S. 492 - 504.
- LaPorte, R. Jr., Pakistan in 1971: The

disintegration of a nation, in: Asian survey, 1972, S. 97 - 109.

- Maaß, C. D., Der Bangladesh - Krieg 1971, in: Arbeitskreis für Wehrforschung (Hg.), Unruhige Welt. Konflikt - und Kriegsursachen seit 1945, Koblenz 1989, S. 139 - 158.
- Manirruzzaman, T., Bangladesh: an unfinished revolution ?, in: The journal of Asian studies, 1974/1975, S. 891 - 912.
- Moudud, A., Bangladesh, era of Sheikh Mujibur Rahman, Beiträge zur Südasien - Forschung, Wiesbaden 1984.
- Schanberg, S. H., Pakistan divided, in: Foreign Affairs, October 1971, S. 125 - 136.
- Sisson, R./ L. Rose, War Hand secession, Pakistan, India Hand the creation of Bangladesch, Oxford 1990.
- Unger, K., „Bangla Desh“. Hintergründe der pakistanischen Krise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1971, S. 684 - 691.